

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Waldemar Schulz**  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon 1111

Druck: **Waldemar Schulz**  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon 1111

Druck: **Waldemar Schulz**  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon 1111

**Waldemar Schulz**  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon 1111

**Waldemar Schulz**  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon 1111

**Waldemar Schulz**  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon 1111

## Frankreich sabotiert Lausanne

### Statt Konferenz verlängertes Moratorium?

Paris, 18. Januar. In einer höchlich offiziellen Charakter tragenden Auslassung erklärt die Agentur Havas unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Programm interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere dem heutigen Besuch des britischen Botschafters bei Ministerpräsident Laval: Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verleiht sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht,

daß man gegenwärtig unmöglich zu einer detaillierten denkwürdigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann.

Man scheint jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende Querschnittsmoratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für sechs Monate oder ein Jahr zu verlängern. Gleichzeitig würden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staaten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen, Deutschland zu bewilligenden Moratoriums gleiche Behandlung fordern.

Wenn die Verhandlungen auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Bonnplans auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Lausanner Konferenz vorläufig gegenstandslos werden.

Da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird, unter diesen Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzfachverständigen für die Ausarbeitung eines mit Rücksicht auf die Verlängerung des laufenden Querschnittsmoratoriums notwendigen Abkommens genügen.

### Englisches Einverständnis

London, 18. Jan. Englische zuständige Stellen deuten unmissverständlich an, daß die ganze Lausanner Konferenz über Haupt fallen gelassen werden soll, wenn Frankreich dem Zusammentritt am 25. Januar nicht zustimmen oder sonstige Schwierigkeiten machen sollte. Es wird zwar ausdrücklich versichert, daß hierüber noch keine Entscheidung gefaßt ist. Die Tendenz für einen solchen Beschluß ist aber unmissverständlich vorhanden. Sollte dieser Fall eintreten, so soll versucht werden, entweder bei dem Zusammenreffen der Außenminister in Genf oder auf dem übrigen diplomatischen Wege zu einer Einigung über die Verlängerung des Tributmoratoriums für Deutschland auf die Dauer von etwa sechs Monaten nach dem 1. Juli zu kommen. Inzwischen wartet man in London ab, welche Entscheidung die französische Regierung in der Kammer Sitzung am Dienstag treffen wird.

### Italien fordert nach wie vor Endlösung

Rom, 18. Januar. Die römische Presse unterkreuzt heute wieder die Notwendigkeit einer radikalen Lösung des Reparationsproblems. „L'Espresso“ meint, man müsse endlich aus der Arienzo-Ära herausholen, unter der mehr oder weniger noch alle leben. Wie die verhängnisvollen Kriegsverbrechen in den Papieren der „Tribuna“ erklärt, man könne aus dem wirtschaftlichen und finanziellen Ruin der Gegenwart nicht herauskommen ohne die Erreichung der unangenehmen Kriegsschulden und Reparationen. Die italienische Presse würde endlich Schluss machen mit den diplomatischen Hochtriebsmethoden. Das Problem geht nicht mehr darum, ob, wann, wie der Bonnplan oder ein kurzlebiger neuer Reparationsplan angesetzt werden soll; das Problem lautet ganz einfach auf Erreichung der Schulden und Reparationen.

### Doetsch's Besuch bei Laval

Paris, 18. Januar. Botschafter v. Doetsch hatte am Montagmorgen eine neue Unterredung mit Laval, die sich auf die mit der Tributkonferenz im Zusammenhang stehenden Fragen bezog. Von autoritativer Seite verlautet, daß von einer Vertagung der Lausanner Konferenz nicht die Rede gewesen sei.

### Störungsfeuer

Eine Woche vor dem angedachten Beginn der Tributkonferenz ist noch alles im unklaren. Findet sie zum vereinbarten Termin statt? Tage oder Wochen später? Kommt sie überhaupt zustande? Die europäische Presse wagt diese Fragen hin und her, die Staatsmänner, Wirtschaftler, Parteien und Verbände werfen ihre Argumente und Gegenargumente in die Debatte, und die Verwirrung wächst. Es ist ein nervös geleitetes Störungsfeuer, das vor Beginn der großen Aktion die europäische Politik unklar macht. Niemand weiß so recht, was er will, aber jeder sucht, die Absichten des anderen zu durchkreuzen.

Die größten Gefährten läßt natürlich Frankreich aufzufahren. Und hier ist es der Demokrat und Sozialist Dextol, der verächtlichste Liebling unserer Linkspresse, der mit einem großzügigen Debatteartikel gegen Deutschland jede Aussicht auf eine friedliche Einigung in Lausanne zerstört. Offenbar ist ihm von Regierungsseite nahegelegt worden, er möchte als Führer der Demokraten die Hoffnungen dämpfen, welche ein Organ seiner Partei, die „Deutsche de Toulouse“, mit ihrer Forderung nach einer „großen Welt“ Frankreichs durch Verzicht auf die Tribute erweckt hatte. Dieser Aufgabe hat er sich mit Erfolg unterzogen. Jener Artikel sei von einem Journalisten „in einem Anfall von Verwirrung“ geschrieben worden! Frankreich sei aber nicht „so dumm“. Und dann folgen wuschelnde Ausfälle gegen Brüning, gegen Hitler, gegen alles, was deutsch ist. Nicht genug damit, daß der zukünftige Außenminister des Reichs die Wahrheit so weit verdrängt, daß er den Baseler Sachverständigen unterschreibt, sie hätten Deutschlands augenblickliche Zahlungsunfähigkeit mit seinen ungeheuren Ausgaben für seine industrielle Ausbreitung begründet — kein Wort steht davon im Baseler Gutachten —, hat er die Dreifachheit, die Kriegsschuldfrage und sogar die Grenzlosigkeit wieder aufzuwärmen, um der französischen Darinigkeit in der Reparationsfrage ein moralisches Wäntelchen umzuhängen. Wir haben von Dextols Debatte schon zu viel Proben erlebt, um uns über diese neueste Leistung noch wundern zu können. Aber die deutschen Kreise, welche immer noch ihre Hoffnung auf die französische Einke legen, mögen aus diesem Dolchstoß in den Rücken einer vernünftigen Tributregelung lernen, was wir von Frankreich zu erwarten haben, wenn die Einke in den Kammerwästen des Frühjahrs zur Herrschaft gelangen sollte.

Das Beharrlichste an diesen Pariser Störungsmanövern ist, daß sie in England nicht ohne Wirkung geblieben sind. Während dort bis vor einigen Tagen nur die amtliche Außenpolitik nach einem Kompromiß mit Frankreich strebte, während die Wirtschaftskreise in Ueber-einstimmung mit ihren Sachverständigen für eine radikale Endlösung durch völlige Tribute- und Schuldenerleichterung eintraten, ist plötzlich ein Meinungsumschwung eingetreten. Sogar Keynes und Layton, die bisherigen Wortführer im Kampf gegen die französische These, sind umgefallen und haben sich zum Plan der sogenannten „Minimalzahlungen“ bekehrt. Die völlige Streikung, fast man sagt, sei zwar noch wie vor das Ideal, aber politisch eben un-erreichbar, und international nicht einmal gerecht. Man müsse Deutschland so weit entsaften, daß das Vertrauen zu seiner Wirtschaft wiederkehren könne, aber nicht so weit, daß bei anderen Nationen ein politischer Stachel zurückbleibe und die deutsche Produktionskraft sich „ungebärlieh“ über die anderen Länder erheben könnte. Deshalb solle Deutschland an Stelle des Bonnplans eine Verpflichtung in Bonds übernehmen, deren Zinsen erst nach einer Erholungsperiode, und zwar nach Maßgabe der steigenden deutschen Konjunktur, festzusetzen seien. Damit hätte Brüning keine Endlösung und Frankreich die Gewißheit, daß Deutschland in erträumten besseren Zeiten nicht aus der Tributlast gelassen werde. So steht der „dritte Tributplan“, vorläufig noch Cliché genannt, weil er aus den Londoner Wirtschaftskreisen stammt, in seinen Umrissen aus. Summen, die man sich als Minimalzahlungen vorstellt, bleiben vorläufig unerwähnt, aber die ganze Anlage ist so, daß der Erwartung nach berühmten Mustern keine Grenzen gesetzt wären, wenn Deutschland so trübsal wäre, auch nur den kleinen Finger zu dieser Vereinerung des Tributsystems in neuer Form zu reichen. Davon kann natürlich gar keine Rede sein; wir vertrauen darauf, daß der deutsche Standpunkt: „Keinen Pfennig Tribute mehr“, wie die Regierung sagt, fest und unverrückbar ist.

Zur erfolgreichen Antwort ist es aber notwendig, die Qualität der Grundlagen dieses neuen Planes aufzuheben. Er beruht auf der wiedererweckten englischen Konkurrenz und auf dem Glauben, daß Deutschland nach Befreiung von den Tributlasten finanziell besser dastünde als die Siegerstaaten. Das Pariser „Journal“ hat sich ausgerechnet, und in England hat man es geglaubt, daß dann jeder Franzose 2200 Franken Schulden zu tragen habe, jeder Engländer 18750, jeder Amerikaner 8870, jeder Deutsche aber nur 1000 Franken. Das ist natürlich ein ungeheurer Trugschluß, wenn nicht raffinierte Fälschung; abgesehen davon, daß die Berechnung geht nur von der

## Breußen verschiebt den Staatsausgleich

### Eine Reichsfließsteuer?

Berlin, 18. Jan. Wie das Büro des VDJ. meldet, soll man in preussischen Regierungskreisen den über 100 Millionen RM. hinausgehenden Fehlbetrag am 1. Februar 1932, also 67 Millionen RM., die sogenannte Solche des Defizits, durch weitere Kürzungen und Korrekturen in den Einnahmen der Steuererlöse ausgleichen zu können. Dagegen stehen bisher noch konkrete Pläne für Abdeckung des Grundbesitzbeitrags von 100 Millionen Reichsmark. Die Idee, eine Schiffssteuer in Preußen einzuführen, steht in weiteren Kreisen der Regierungsparteien auf erheblichen Widerstand.

In preussischen parlamentarischen Kreisen wird das Gerücht verbreitet, daß eventuell mit einer Reichsfließsteuer zu rechnen sei.

Dieses wird im Reichsfinanzministerium gesagt, daß von einer derartigen Wästel der Reichsregierung keine Rede sein könne. Reichsfinanzminister Brüning habe dem preussischen Finanzminister Kappeler ausdrücklich gesagt, daß neue Steuern vom Reich aus nicht eingeführt werden sollten. In unverständlichen Referentengesprächen im Reichsfinanzministerium sei einmal erörtert worden, daß es nicht zweckmäßig wäre, in einzelnen Ländern des Reichsgebietes Schiffssteuern einzuführen zu lassen, und daß man dann eher den Gedanken einer Reichsfließsteuer erwägen sollte. Aber von irgendeiner Vorlage könne aus den dargelegten Gründen nicht die Rede sein. — In Kreisen der preussischen Regierungsparteien hält man es für möglich, daß der Haushalts nach mit einem Fehlbetrag dem alten Landtag vorgelegt wird, so daß das neue Parlament versuchen müsse, das Defizit zu decken.

## Das Reichskabinett berät Agrarzölle

### Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Jan. Das Reichskabinett hielt heute eine Sitzung ab, die sich, da die außenpolitische Lage keine weiteren Veränderungen erfordert hat, vorzugsweise mit dem vom Reichsfinanzministerium Schlichte beantragten Schutzmaßnahmen für die bäuerliche Veredelungswirtschaft befaßte. Einer der wichtigsten Anträge, die der Reichsfinanzminister gestellt hatte, ging dahin, den Butterzoll auf 150 Mark pro Doppelzentner zu erhöhen.

Der Minister hatte darauf hingewiesen, daß die Erhöhung des Butterzolls auf diesen Satz rund 60 Prozent der bis-

## den Staatsausgleich

berlanten Buttereinfuhr nach Deutschland ausschalten könnte, was der bäuerlichen Veredelungswirtschaft eine entsprechende Abhängigkeit beschaffen würde. Das Reichskabinett hat seine Beratungen über diese landwirtschaftlichen Hilfsmittel bereits heute zum Abschluß gebracht, doch sollen die Beschlüsse erst am Dienstag zur Veröffentlichung gelangen.

## Das Arbeitsprogramm des Reichskommissars

### Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Januar. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat für diese Woche ein umfangreiches Programm vorgegeben. Er wird sich u. a. mit dem Textil- und Schuhhandel, mit den Brauereien, Gaststätten, Kraftfahrzeugbetriebern, mit der Farbenindustrie, den Privattelephongesellschaften und den Dampfmittelpressen befassen und auch eine Konferenz mit den Vertretern der Gewerkschaften haben. In diesem Zusammenhang ist ein Schreiben des Reichsverbandes der Fernsprecher von Privattelephonanlagen an den Reichskommissar von Interesse, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß die heute existierenden, fast eine halbe Million Miet- und Wartungsverträge für Privattelephonanlagen in seiner Weise der heutigen Wirtschaftslage entsprechen. Viele Geschäfte, die ungedungen ihren Betrieb verlernen müßten, litten unter diesen langfristigen Verträgen. Der Reichskommissar wird um Abhilfe gebeten.

## Landvolkübertritt zu den Deutschnationalen

Berlin, 18. Jan. Der erweiterte Vorstand der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Walde hat beschlossen, die Parteiorganisation aufzulösen und geschlossen zur Deutschnationalen Volkspartei überzutreten. Bis zur Aufnahme Waldebs in Preußen war die Landvolkpartei die weitläufige Partei des Landes Walde, die in dem dortigen Landtag fast die absolute Mehrheit besaß.

## Öffentliche Antwort Brüning's an Hitler

Berlin, 18. Jan. Die von Adolf Hitler veröffentlichte Denkschrift zur Frage der Reichspräsidentenwahl ist dem Reichskanzler übermittelt worden. Die Reichsregierung wird die darauf zu erzielende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekanntgeben.